

Mo., 24.06.2019

Expertenanhörung im Landtag zum Missbrauchsfall Lügde und der Rolle der Jugendämter

## Welche Lehren zu ziehen sind



In NRW gibt es 186 Jugendämter. Zu viele? Foto: dpa

Von Hilmar Riemenschneider

**Düsseldorf (WB).** Die Frage treibt die Abgeordneten im Landtag seit Wochen um: Welche Lehren aus dem Fall des massenhaften Kindesmissbrauchs von Lügde für Jugendämter, Beratungsstellen und Ärzte zu ziehen sind, stand am Montag im Zentrum einer ganztägigen Anhörung im Landtag.

Die Ergebnisse sollen auch in ein Konzept zum Kinderschutz einfließen, das Familienminister Joachim Stamp (FDP) in Kürze vorlegen will. Klar wurde in der Anhörung: Das muss er mit Geld unterfüttern. Der Vertreter des Landkreistages, Martin Schenkelberg, dämpfte zum Fall Lügde die Erwartungen: »Wir stehen bei der Aufarbeitung noch ganz am Anfang.« Er legte eher ein Brennglas auf bestehende Mängel beim Kinderschutz.

### Personal

Den Kommunen fällt es immer schwerer, ausreichend Fachkräfte für die 186 Jugendämter und den Allgemeinen Sozialen Dienst zu finden und zu halten – »also die Fachleute, die sich auch um Kinder in prekären Familienverhältnissen kümmern«, wie Stefan Hahn vom Städtetag beklagte.

Vor allem in ländlichen Regionen gebe es nur ein dünnes und mühsam erreichbares Beratungsangebot, konstatierte Stefan Heinitz vom Bundesverband der Kinderschutzzentren. Gerade hier brauche es Netzwerke, in denen Kitas, Schulen, Jugendämter, Ärzte und andere Stellen zusammenarbeiteten. Dazu gehören für ihn Ehrenamtliche wie die Landfrauen, die oft erst den Zugang zu Familien ermöglichen.

### Prävention

Sie zielt aus Sicht der Fachleute zuerst darauf, Kinder besser aufzuklären und sie dafür auch über digitale Kanäle anzusprechen. Es gehe aber auch um Fragen der Ausbildung: Sozialarbeiter, Pädagogen und Lehrer sollten sich mit Kinderschutz im Studium verpflichtend befassen. Besonders Jugendliche ab zwölf Jahren müssten in den Fokus genommen werden, betonte Ursula Enders von der Informationsstelle Zartbitter: Fast die Hälfte aller Fälle sexualisierter Gewalt gegen Kinder gehe von Gleichaltrigen aus. Eckhard Schroll vom Nationalen Zentrum frühe Hilfen forderte mehr Geld für die Prävention.

»Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche brauchen eine verlässliche Finanzierung von Land und Kommunen«, mahnten Vertreter mehrerer Verbände. Wenn Einrichtungen jährlich mit Kommunen über den Etat verhandeln müssten, sei kein niedrigschwelliges und verlässliches Beratungsangebot für Kinder zu gewährleisten.

### Vorgaben

Damit Jugendamtsmitarbeiter sich richtig um Kinder und Jugendliche kümmern können, empfahlen Experten eine Obergrenze von 35 Fällen pro Fachkraft. Das erfordere mehr Personal. Weshalb Schenkelberg im Namen der Kommunen mahnte, wenn das Land Vorgaben festlege, müsse es die Kosten tragen. Über Standards wollen die Praktiker mitentscheiden.

## Kontrolle

Die Arbeit der Jugendämter müsse von einer Fachaufsicht überwacht werden, forderte Rainer Becker, Vorsitzender der Deutschen Kinderhilfe. Frage, ob die Zahl von 186 Jugendämtern in NRW nicht zu hoch ist, sprach nur der frühere Leiter des Gladbecker Jugendamtes an: »Für mich ist das Wildwuchs.«

In der Praxis suche jede Behörde ihre eigene Lösung, erfinde das Rad stets neu. Karl Materla, Vorsitzender der Bundearbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst, fasste es nur indirekt: Unabhängig von der Größe müssten alle Jugendämter das Gleiche leisten. Das erfordere einheitliche Personalschlüssel, damit nicht jeder Problemfall zu neuen Debatten führe.

